



Das Reichsbanner

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Nr. 5 · Mai 1969 · 13. Jahrg.

Verkaufspreis DM 0,30

Die wachsende politische Beunruhigung und ihre Konsequenzen

ak. Zwei Ereignisse der letzten Zeit haben in breitester Öffentlichkeit Aufsehen erregt und auch bei der Diskussion unter unseren Kameraden eine Rolle gespielt: Die Extratouren gewisser Militärs und die sich steigernden Exzesse der Extremisten.

Das Recht, politische Äußerungen in Wort und Schrift zu tun, wird den Soldaten niemand strittig machen wollen. Besorgnisse erregten aber der Inhalt mancher dieser Äußerungen. Und mindestens in einem Falle verstärkt sich die Auffassung, daß dieser Mann sich ehrlicher Weise damit nicht zu einem höheren Führungsposten in der Bundeswehr qualifiziert haben dürfte. Man gebe z. B. einmal die Rede des Herrn Grashey im Originaltext und in der Originalsprache (sie ist ja auf Tonband festgehalten) frei. Gute Demokraten, die auch jetzt noch immer sagen, es habe sich um einen „Ausrutscher“ um einen einfachen Fauxpas gehandelt, werden nach Auffassung von Bundeswehrangehörigen, dann eines Besseren belehrt sein.

Und die Ärgernisse nehmen kein Ende: Ausgerechnet der Inspizient für das Bildungs- und Erziehungswesen (!!) des Heeres, Brigadegeneral Heinz Karst, macht wieder von sich reden. Haben wir uns doch schon einmal wegen bestimmter Äußerungen dieses Herrn in unserem Blatt mit ihm beschäftigen müssen. Äußerungen übrigens, die dann offiziell verharmlosend heruntergespielt wurden. Bildungs- und Erziehungsbeflissener Karst erklärte nach upi jetzt in der Zeitschrift „Kampftruppen“, weil die Uniform kein „Ansehen“ genieße, verließen Soldaten die Kaserne ungern in Uniform. Auf diese Weise würden sie nicht als Soldaten erkannt und ihr Ansehen auch nicht gestärkt. Hier wird also einem Uniformfetischismus das Wort geredet. Ein Glück ist es doch geradezu, daß die Soldaten der Bundeswehr heute in der großen Überzahl nach Dienstschaft ihre Uniform ausziehen und in Zivil ausgehen. Die Zeiten des „Ehrenkleides der Nation“ und der „Lamettafritzen“ seligen Angedenkens müssen endgültig vorbei sein. Nicht die Uniform kann das Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit fördern, sondern alleine die Tatsache, wie sich Soldaten im Dienst und außerdienstlich als Menschen

und Staatsbürger verhalten. Das etwa durch restauratives und reaktionäres Denken und Verhalten erzeugte Mißtrauen und das im gegebenen Falle möglicherweise lädierte Ansehen kann nicht durch eine „Allgegenwärtigkeit“ der Uniformträger im öffentlichen Leben kaschiert werden. Wer das erzwingen möchte, kommt in den Verdacht, das Rad einer positiven Entwicklung in der Bundeswehr rückwärts drehen zu wollen. Es ist erfreulich, daß sich in diesen Tagen der deutsche Bundeswehr-Verband eindeutig zu den Grundsätzen der Inneren Führung bekannt hat. Damit bekamen alle rückschrittlichen Kräfte eine notwendige Warnung und der Schöpfer des Prinzips der Inneren Führung General a. D. Graf Baudissin eine Bestätigung. Aber wir müssen weiter wachsam bleiben.

Zu den unerfreulichen Ereignissen dieser Zeit gehören auch die Exzesse der Extremisten. So wurden jetzt in Hamburg und auch in anderen Orten Maifeiern ganz erheblich gestört und die Veranstalter konnten sich des Terrors oft kaum erwehren. Daß es sogar Verletzte gab, erinnert schon wieder an Vorkommnisse in der Weimarer Zeit. Allerdings handelt es sich hier nicht mehr um psycho-politische Clownen revolutionärer Anarchisten, sondern um blanke Gewalt, die sich typisch faschistisch gebärdet. Wenn dem so ist, muß überlegt werden, wie ihr begegnet werden kann. Selbstverständlich muß es in erster Linie der Polizei überlassen bleiben, Verfassung und Grundrechte gegenüber Extremisten und Rechtsbrechern zu schützen.

Wir haben schon wiederholt gesagt, daß jedoch kein Anlaß besteht, sich bei dieser Feststellung zu beruhigen. Wir lasen in einer Zeitung, daß nach Zwischenfällen bei einer Maiveranstaltung der Ruf nach dem Reichsbanner laut geworden sei. Es ist uns auch bekannt, daß in örtlichen Gliederungen von Parteien und Gewerkschaften deren Mitglieder in verstärktem Maße erwarten, daß das bestehende Reichsbanner als Bund aktiver Demokraten gefördert, zumindest aber gesagt wird, daß die Mitgliedschaft freigestellt ist und begrüßt

wird. Das gleiche gilt für die Wiederbelebung des Bundes an solchen Orten, wo er noch nicht wieder tätig ist. Das wäre löblich und gut, und wir warten gespannt auf das Echo in der Praxis. Allerdings möchten wir auch vor einem Fehlschluß warnen. Wenn demokratische Parteien und Organisationen jetzt in Bedrängnis kommen, kann es nicht Aufgabe des Reichsbanners sein, etwa nur als „Saalschutztruppe“ aufzutreten. Wo es notwendig wäre und wenn die Organisation zahlenmäßig genügend stark ist, würde sie sich selbstverständlich einer solchen Aufgabe unterziehen können. Aber das kann nur **eine** auf den gegebenen Verhältnissen beruhende **Nebenaufgabe** sein. Die Unterstützung unseres Bundes muß bedeuten die Zustimmung zu unseren Zielsetzungen und Aufgaben. Wir haben sie wiederholt dargestellt und sie sind auch den maßgeblichen Stellen bekannt. Die Unterstützung unseres Bundes setzt aber auch voraus, daß keine Einnischung in die inneren Verhältnisse des Bundes erfolgt und daß seine absolute Überparteilichkeit und Unabhängigkeit gewahrt bleiben muß. Die politische Integrität des Bundes ergibt sich schon aus der Art und Weise, wie sich seine Kameraden in politischen Parteien und Gewerkschaften als Mitglieder und Funktionäre zuverlässig und aktiv betätigen. Wir stellen fest, daß wir schon zufrieden wären, wenn unserem Bunde, der doch eine begrüßenswerte nationalpolitische Aufgabe erfüllen will, nur ein Teil jener moralischen und materiellen Unterstützung zukäme, die so manche Organisationen erfahren, in deren Reihen sich Rechts- und Linksextremisten noch immer ungestört tummeln, ohne daß die demokratischen Mitglieder dieser Organisation sich ihrer erwehren.

Aus unerfreulichem Anlaß ist eine gute Sache, die unseres Bundes, wieder ins Gespräch gekommen. Wir können nur hoffen, daß diese Gespräche zu einem positiven Ergebnis führen. Die Stärkung unserer Organisation, die ein Bündnis freier Bürger für Demokratie und Fortschritt und des Widerstandes gegen jede Unfreiheit ist, kann der Bundesrepublik und der Demokratie nur nützlich sein.

Demokratie und Sachverwaltung

■ Die Behauptung, die ich hier entfalten und begründen will, besteht aus sechs Teilen, die nur in einem geschlossenen Zusammenhang miteinander verständlich und vertretbar sind:

1. In unserer technischen, verwissenschaftlichten, arbeitsteiligen Welt nimmt die Sachverwaltung durch Sachkenntnis ständig zu; sie gerät dabei in einen Widerspruch zur Demokratie, zur Herrschaft des Volkes, das heißt der „Laien“. Im Laufe des letzten Jahrzehnts, vor allem aber der letzten zwei Jahre ist dieser Widerspruch auch bei uns sichtbar und fast allgemein bewußt geworden.

2. Unsere Gesellschaft ist im Begriff, diesen Widerspruch zugunsten der Sachverwaltung zu lösen; wir befinden uns — der öffentlichen Rhetorik zum Trotz — in einer Phase der faktischen, wiewohl schleichenden Entdemokratisierung.

3. Der öffentlichen, demokratischen Kontrolle immer mehr entzogen, beginnt die Sachverwaltung unsachlich zu werden und gibt dadurch immer heftigeren Anlaß, Demokratisierung zu fordern.

4. Die Parole der „Demokratisierung“ überlassen wir einer nicht nur zurückgewiesenen, sondern diffamierten Minderheit, deren gereiztes und oft genug verzweifelter Kampfverhalten als die nunmehr entlarvte Gefahr aller Demokratisierung ausgelegt wird.

5. Die Durchsetzung solcher Demokratisierung ohne einen entsprechenden allgemeinen Lernprozeß wäre jedoch eine unglückliche Selbsttäuschung; sie brächte jedenfalls nicht die „bessere“ Demokratie, die wir brauchen und wünschen.

6. In unserer engverflochtenen (interdependenten) und hochrationalisierten Gesellschaft ist Demokratisierung die unablässig notwendige Aufschließung, ja Auflösung unöffentlicher — also nicht legitimer und nicht kontrollierter — Herrschaft. Richtig verstanden ist die Demokratie selbst eine Demokratisierung, nämlich ein ständiger, sich nicht einmal gleichbleibender Prozeß. In ihm wird eine sich verabsolutierende Sachverwaltung durch den **common sense** kritisiert und wieder in den **common purpose** einbezogen.

■ Wie kommt es zu dieser Unsachlichkeit der Sachkompetenz? — Dadurch, daß das Bedürfnis nach Selbsterhaltung der beauftragten Personen und Institutionen ihre Verantwortung für die Sache überlagert. Es ist darum eine nicht mehr zusätzliche, sondern zentrale Aufgabe der demokratischen Politik, die aus dem dunklen Inneren der Sachlabyrinth geübte Herrschaft immer wieder zu entlarven und zu bekämpfen.

■ Der Kampf um die Demokratie ist so zu einem Kampf um die Möglichkeit von Demokratie geworden. Er wird in unserem Lande vermutlich von vielen Menschen mit verschiedenen Mitteln geführt. Dramatisch sichtbar geworden ist er bei den

Studenten und einem Teil der Schüler. Weil die, die es hätten tun können, ihnen nicht geholfen haben, ist ihr Protest entweder in Resignation untergegangen oder in den Parolen der radikalen Linken aufgegangen.

■ Permanenter Aufruhr — das ist die Vision derer, die seit über 20 Jahren die permanente Beschwichtigung erfahren. Und diese Vision erschreckt ihrerseits die anderen, die sich nach 1945 wieder mit Tariflöhnen, Gelsenkirchener Barock und honorigen Stammparteien eingerichtet haben. Die institutionelle Form des permanenten Aufruhrs ist das Rätssystem: direkte Dauerentscheidung in dauernder Direktkompetenz, wie es vorgibt. Das Rätssystem sucht eine möglichst genaue Identität von Sachkompetenz und politischer Entscheidung, aber die politische Entscheidung reicht nicht weit genug — nicht so weit wie die Sache. So betrügt auch dieses Verfahren um beides: die Sachbestimmung und die Selbstbestimmung, das heißt, auf verdeckte Weise beherrschen.

■ Eben weil man die Demokratie nicht ein für allemal, sei es als parlamentarische, sei es als Rätedemokratie, einrichten kann, um sie fortan einzuhalten, weil immer neue Generationen unter immer anderen Schwierigkeiten den Kampf um die immer wieder verlorene Mitbestimmung wagen und fortsetzen müssen, muß die Demokratie ständig neu gelernt werden.

■ Demokratie steht nicht neben der Sachverwaltung oder gegen sie, sondern macht sie erst im vollen Sinne möglich; sie will garantieren, daß alle Argumente und Zweifel ausgesprochen werden, die die Sache braucht; sie sorgt dafür, daß alle diejenigen mitsprechen, die von der Sache betroffen sind; sie entdeckt gleichsam erst das wahre Maß ihrer Öffentlichkeit; sie versichert schließlich, daß einmal begangene Irrtümer nicht am Weitersprechen hindern: Mit meiner Niederlage in der Entscheidung A habe ich die Mitsprache in den Fällen B, C und D nicht verwirkt.

■ Wer dagegen die Demokratie als Majorisierung des Sachverständigen durch die „bloße“ Mehrheit hinstellt, hat nicht begriffen, was Demokratie ist, oder er verfälscht sie böswillig. Der Mehrheitsbeschluß ist ein letzter Schritt in einer Prozedur, die in erster Linie die gemeinverständliche Sacherörterung ermöglicht, ja mit aller Umständlichkeit erzwingt. Es geht zuallererst um den **Überzeugungsvorgang**. Ist man durch ihn nicht zur Einigung gekommen, muß — zur Vermeidung von Gewalt und damit die notwendige Entscheidung zustande kommt — abgestimmt werden. Die Argumentation gegen die Demokratisierung außerparlamentarischer Institutionen unterschlägt dieses Merkmal hartnäckig — vielleicht, weil es auch unsere Parlamente nicht mehr kennzeichnet. Wenn das so ist, dann haben wir keine Zeit mit der Demokratisierung zu verlieren. Denn Demokratisierung heißt „demokratischer machen“, und mit dem will ich wohl rechten, der bestreitet, daß wir das nötig hätten.

■ Unsere Welt wird durch solche Demokratisierung nicht einfacher. Es wird in ihr nicht „reibungslos“ zugehen, wie unser Lieblingswort lautet. Demokratisierung bedeutet in der Tat: lange Debatten und viele Fragen zur Geschäftsordnung, gemischte Kommissionen und geteilte Sekretärinnen. Und das alles wird die Freizeit wieder verschlucken, die uns die technische Zivilisation zu schenken verspricht. Die „reibungslose Gesellschaft“ dagegen ist die totalitäre Gesellschaft, ohne Gammler und SDS, mit peinlicher Einhaltung der Ressorts und pünktlichen Zügen, die nach Lysol riechen, mit totaler Versicherung und totaler Gesinnung.

Aus einer Rede, die **Hartmut von Hentig**, Professor für Pädagogik in Göttingen, bei der Verleihung des Schiller-Preises an ihn, gehalten hat. Entnommen „Werk und Zeit“, März 1969.

(Wir haben die sicherlich auch Widerspruch findende Rede wiedergegeben, weil sie eine ausgezeichnete Diskussionsgrundlage für unsere Bildungsarbeit darstellt. Die Red.)

An unsere Leser!

Da Demokratie Diskussion ist, kommen in unserem Blatt erfreulicherweise Meinungen zum Ausdruck, die nicht immer die Zustimmung **aller** Kameraden finden werden. Es gibt bei uns keine „Einheitsmeinung“. Die Grenzen der Meinungsäußerungen sind bei uns nur da gegeben, wo sie nicht mehr mit dem erklärten Willen unseres Bundes übereinstimmen. Wer sich zum Rechtsextremismus oder Linksextremismus bekennt oder einer Zusammenarbeit

mit diesen zerstörerischen Kräften das Wort redet, hat keine Stimme in unserem Blatt, noch kann er Mitglied unseres Bundes sein.

Aber auch reaktionärer Untertanengeist ist uns fremd. **Wir sind unabhängig und frei. Kein Kamerad braucht hier ein Blatt vor den Mund zu nehmen.** Wer dann anderer Meinung ist, schreibe uns seine Gegenargumente.

Sie starben für die Demokratie

Frankfurter Reichsbanner errichtete Denkmal für seine ermordeten Kameraden

Wenn eine der Traditionen unseres Reichsbanners nicht nur nicht aufgegeben werden darf, sondern lebendig erhalten bleiben muß, so ist es die des Sicherinnern an den beispielhaften Opfermut, mit dem zahllose heute kaum noch bekannte und genannte Kameraden bis 1933 und danach für die Demokratie und die Republik einstanden.

Schon in den zwanziger Jahren mußten viele unserer Kameraden unter dem Terror der Nazis und ihrer Kumpane ihr Leben lassen. Es gereicht deshalb dem Frankfurter Reichsbanner zur besonderen Ehre, daß es seiner am 28. April 1929, also vor 40 Jahren durch SA-Leute ermordeten Kameraden Hch. Koch und Hch. Schmidt, in einer Gedenkfeier am 27. April dieses Jahres auf dem Hauptfriedhof in einer würdigen Weise gedachte. Es ist das Verdienst unseres Bundesvorsitzenden Kameraden Christian Weiß und seiner Freunde, daß der 1929 errichtete und von den Nazis später seiner Inschriften und Symbole beraubte Gedenkstein jetzt in der alten Form wieder enthüllt werden konnte. Nicht ohne Erschütterung liest man in einer Frankfurter Zeitung die Schilderung über den Verlauf der damaligen Bluttat und den damit verbundenen Justizskandal. Bei der Beisetzung der Opfer war damals auch Ernst Lemmer, der Mitglied der Demokratischen Partei und Mitglied des Hauptvorstandes des Reichsbanners in Magdeburg war (heute CDU-Mitglied und Berlin-Beauftragter der Bundesregierung), anwesend.

Heute, nach Allem was hinter uns liegt, stimmt es mehr als tröstlich festzustellen, daß die bei der jetzigen Gedenkfeier von namhaften Kameraden und Vertretern der demokratischen Parteien gehaltenen Gedenkrede den Beginn einer erneuten Besiegelung eines Bundes aller entschiedenen Demokraten im Reichsbanner, wie damals, erhoffen lassen. Uneingeschränkt muß deshalb vorab den Vertretern aller Parteien der besondere Dank gesagt werden, für ihre mutigen Worte und ihr Bekenntnis zum Reichsbanner.

Bei der Gedenkfeier in der Trauerhalle erinnerte Kamerad Josef Bagus (CDU) an den Mut und die Kampfeslust der Kameraden für die Republik engagierten und einen hohen Blutzoll zahlen mußten. Mit seinem Gedenken an die ermordeten Kameraden verband er die Hoffnung, daß sich die alten Kameraden und immer mehr neue und junge Kameraden im Reichsbanner zusammenfinden werden, um die Arbeit in neuen Formen fortzusetzen und für den demokratischen Rechtsstaat einzutreten.

Auf dem Gräberfeld enthüllte Stadtrat a. D. Kamerad Heinrich Nöll (SPD) das wieder hergestellte Denkmal. Mit mahnen Worten wies er auch auf die Fehler hin, die Demokraten in der Weimarer Republik begangen hatten. Die beiden Toten würden uns heute daran erinnern, wach-

sam zu bleiben, denn schon wieder sei Unheil in Sicht. Nach einem Bekenntnis auch zu den neuen Aufgaben unseres Bundes, fuhr er fort, sei es die Aufgabe heute, die Demokratie so zu festigen, daß sie sich gegen ihre Feinde wehren kann. Das wieder hergestellte Denkmal solle ein Mahnmal sein, an eine böse Zeit erinnernd, in der zwei junge Menschen unschuldig ihr Leben für eine gute Sache hergeben mußten. Damit wir immer abwehrbereit bleiben, so schloß Kamerad Nöll seine Ausführungen, sollten wir uns immer im Bewußtsein halten wie es damals war:

„Wenn es Nacht wird, werden sie dich holen
nicht nur Dich allein!
Wenn es Nacht wird, ist befohlen
nicht mehr Mensch zu sein.
Wenn es Nacht wird, werden Sie Dich jagen
wie man Tiere jagt.
Wenn es Nacht wird, wird erschlagen
wer ein Wort dagegen sagt.
Wenn es Nacht wird, werden sie Dich lehren
wie man Grütze frißt.

**Daß es nie mehr Nacht wird, müssen wir
uns wehren
wehe, wenn Du das vergißt.“**

In kurzen Ansprachen würdigten die offiziellen Vertreter der drei demokratischen Parteien: Joseph Lang (SPD), Stadtrat Karl Bachmann (CDU) und Stadtverordneter Paul Stein (FDP) die Tätigkeit des Reichsbanners und das Opfer der ermordeten Kameraden.

In einer erfreulichen und beste Reichsbannertradition verkörpernden Einmütigkeit unterstrichen sie den Wert eines Zusammenhalts aller demokratisch gesinnten Menschen und die Absage an das System der Gewalt in der politischen Auseinandersetzung.

Die Grabstätte hat die Stadt Frankfurt in ihre Obhut genommen, wofür ihr der besondere Dank des Reichsbanners ausgesprochen wurde. Die Gedenkfeier in der Trauerhalle und auf dem Gräberfeld erhielt einen würdigen Rahmen durch die Gesangsvorträge des Volkschor Union und der Sängervereinigung des Polizei-Sportvereins Grün-Weiß.

Die örtlichen Zeitungen berichteten ausführlich über den Verlauf der Gedenkfeier. Das Hessische Fernsehen brachte einen Bildbericht und im Hörfunk konnte man einen Bericht des damaligen sozialdemokratischen Gerichtsberichterstatters der „Frankfurter Volksstimme“ zum Tatgeschehen und zum Prozeß vernehmen.

Wie steht es um die Tradition?

von Walter Jansen, Kiel

Die Bundesrepublik ist nicht die von Weimar, noch ist das Reichsbanner aus der Zeit vor dem Hitler-Reich mit dem „Bund aktiver Demokraten“ von heute zu vergleichen, auch wenn dieser mit dem alten Namen einige der früheren Reichsbannertraditionen übernommen hat.

In einem Vortrag sprach der verstorbene Alt-Bundespräsident Heuss einmal „über den Wert und Unwert der Tradition“. Als ihren Wert bezeichnete er die Besinnung auf die Herkunft, das Milieu in dem sie ihren Ursprung hatte. Und das ist für das Reichsbanner die Zeit des harten, unglücklich verlaufenen Kampfes für die demokratische Republik, gegen die Nazis und ihr Zuchtregime.

Der Unwert der Tradition bestand für Theodor Heuss im Götzendienst vor ihrer versteinerten Form. Auch der Begriff „Reich“ mit allen seinen Assoziationen ist fossilisiert. Zudem haftet ihm – vor allem im Denken der jüngeren Generation – der Blut- und Verwesungsgeruch des SS-Staates an.

Unsere Väter, die mit uns Seite an Seite in den Schufoneinheiten marschierten und fochten, waren gewiß ehrenwerte Männer und Kameraden. Aber ihre Uniformen (die auch die unseren waren) haben die Motten zernagt. Das „Reich“ stahlen uns die Nazis und machten es zum Synonym für imperialistischen Größenwahn und millionenfache Verbrechen. Nur ein paar unbelehrbare romantische Träumer können glauben, daß irgendein politischer Weih-

nachtsmann es uns „in den Grenzen von 1937“ irgendwann unter den gesamtdeutschen Christbaum legen wird, – weil wir so brav sind.

- ▶ **Wir sind keine braven Untertanen; wir können und wir wollen es nicht sein.**
- ▶ **Demokratie setzt kritisches Denken voraus, keinen Gehorsam, wie ihn der Untertan der Obrigkeit schuldet. Der Obrigkeitsstaat gehört der Vergangenheit an.** Zwar gibt es auch demokratisch sein wollende Bürokraten und Politiker, die einsame Beschlüsse fassen und meinen, das sei Demokratie. Das ist ein gefährlicher Irrtum.
- ▶ **Demokratie ist keine Institution, die durch Dienstanweisungen funktionsfähig gemacht werden kann.** Sie findet auch nicht ausschließlich in den Parlamenten statt. Das Grundgesetz definiert sie, wenn auch nur ungenügend. **Sie ist ein Zustand und eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Es gilt sie täglich und stündlich in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens nicht nur zu verteidigen, sondern sie zu vertiefen und ihren Raum zu verbreitern.**
- ▶ **Damit dies geschehe, muß das kritische Denken aktiviert, müssen Träumer wachgerüttelt und Illusionen mit Stumpf und Stiel beseitigt werden.** Dies zu tun, sind wir aufgerufen. Die Aufgabe muß uns mehr gelten als die Tradition. Wir brauchen keine „heiligen Kühe“. Wenn wir uns von ihnen befreien, haben wir neu begonnen im alten Geiste.



Mitteilungen des Bundesvorstandes der Landesverbände und Ortsvereine

Wir empfehlen schon jetzt allen Ortsvereinen usw. für die Delegationen zur II. Bundeskonferenz eine Sparkasse anzulegen.

Hessen

Die Landeskonferenz des **Landesverbandes Hessen** fand am 15. März in Darmstadt statt. Höhepunkt der Versammlung war ein Vortrag von Oberregierungsrat Dr. Wagerl vom Hessischen Ministerium des Innern. Ein Auszug dieses Vortrages wurde bereits in der Februar-März-Ausgabe wiedergegeben. Eine ausgedehnte Aussprache zeugte von dem großen Interesse der Delegierten an den Ausführungen. Die Neuwahl des Landesvorstandes ergab einige Änderungen der bisherigen Zusammensetzung. Kamerad Karl Wöll, Landtagsabgeordneter, wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurde Robert Becker, Offenbach.

1. Kassierer: Willi Haag, Frankfurt, 2. Kassierer: Willi Haug, Wiesbaden, 1. Schriftführer: Phil. Emmert, Frankfurt, Pressereferent: Werner Bümlein, Frankfurt. Beisitzer des Landesvorstandes sind: Fritz Funk, Waldemar Lorenz, Frankfurt; Walter Kaiser, Otto Wulf, Reinhold Heinemann, alle Offenbach; Willi Eidt, Wilhelm Scheidweiler, Darmstadt; Helmut Esser, Rüsselsheim; Otto Dietrich, Neu-Isenburg. Revisoren sind: Heinrich Ditter, Frankfurt und August Seger, Bergen-Enkheim.

Als wichtige Aufgabe des Landesvorstandes wurde die weitere Ausbreitung und Aktivierung des Landesverbandes Hessen, vor allem die Neugründung von Ortsvereinen betrachtet.

Die Ortsvereine werden gebeten, sich mit Abordnungen an der Versammlung des Ortsvereins Frankfurt zu beteiligen und zwar am 17. 6. 1969, 15 Uhr. Der Versammlungssaal wird durch Rundschreiben mitgeteilt.

Frankfurt a. M.

Am 17. Juni 1969 findet um 15 Uhr eine Mitgliederversammlung statt, in der unser Kamerad **Stadtrat Dr. Hans Kiskalt über das Thema: „Die Aufgabe der Polizei im demokratischen Staat“** sprechen wird.

Wir bitten schon jetzt **alle** Kameraden, an dieser wichtigen Versammlung unbedingt teilzunehmen. Der Vorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Friedrich Funk, 2. Vorsitzender: Willi Haag, 1. Schriftführer: Willi Schmidt, 2. Schriftführer: Anneliese Bürner, 1. Kassierer: Karl Reß, 2. Kassierer Ernst Schröder, Pressereferent: Kurt Köhler, Jugendleiter: Rolf Diehl, stellvertr. Jugendleiter: Albert Schmitt, Beisitzer sind die Kameraden W. Lorenz, W. Krämer, E. Schebler, J. Scheich, Ph. Emmert, J. Richtberg. Revisoren sind die Kameraden R. Sauer und B. Noack.

Bremen/Weser-Ems

Der **Landesvorstand** und die **Ortsvorstände** kamen am 10. Mai 1969 in Verden zu einer gut verlaufenen Arbeitssitzung zusammen, in der in Hauptsache organisatorische Fragen beraten wurden.

Bremen

Einem vielfachen Wunsch entsprechend kommen alle Kameraden die aktiv Mitglied unseres **Jugendbundes** sind demnächst einmal gesellig zusammen und zwar mit ihren Familienangehörigen. Näheres ist bei Kamerad Siegfried Gasch zu erfahren, der auch schriftlich hierzu einladet. Kameraden die sich in der **Werbegruppe** aktiv an unserer Öffentlichkeitsarbeit, an der Herstellung von Werbeplakaten, an Autokorsen usw. beteiligen wollen, melden sich umgehend beim Hauskassierer oder bei der Geschäftsstelle Tel. 440733

Spandau

Nächste Zusammenkunft, zu der auch die Frauen eingeladen sind, am 31. Mai 1969, 20 Uhr im Hotel „Zum Stern“.

Jugendbund Bremen

Anmeldungen für die 14tägige Ferienfahrt nach Belgien Mitte Juli ds. Js. bei Kameraden Christoph Bode jun., Bremen, Sielwall 68 vornehmen (Telefon über 326317). Wer sich für einen **Spielmannszug** interessiert, wird gebeten, sich im wöchentlichen Gruppenabend, Mittwoch 19.30 Uhr im Jugendheim Neustadt, Geschworenenweg zu melden.

Nordwest

Am 14. April ds. Js. tagten die Landesvorstände Hamburg, Bremen/Weser-Ems, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Hamburg-Bergedorf. Insbesondere wurde die künftige Öffentlichkeitsarbeit besprochen. Die nächste gemeinsame Sitzung findet voraussichtlich am 4. Oktober in Hannover statt.

Hamburg

Zum ersten Male ist die Maikundgebung in Hamburg von Linksextremisten erheblich gestört worden; es gab sogar Verletzte. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse hat uns also schneller wie erwartet schon Recht gegeben. Alle Kameraden werden nun gebeten, sich an die vielen ehem. Kameraden zu wenden, mit dem Ersuchen sich uns wieder anzuschließen. Diese und auch neue Freunde melden sich bei Kurt Clasen, 205 Hamburg 80, Billgrabendeich 21, Telefon 7 242495. Das Büro befindet sich bei Arnold Wendt, 2 Hamburg 73 Rahlstedt, Mehlandsredder 37b, Telefon 6773265. Aus gegebenem Anlaß weisen wir darauf hin, daß eine Sammlung ehem. Kameraden zur Fortsetzung der früheren Arbeit nur über den bestehenden Ortsverein erfolgen kann, der auch vom Vereinsrecht her alleine berechtigt ist, für das Reichsbanner aufzutreten. Wer die Arbeit des Bundes also unterstützen will, möge sich mit obigen Kameraden in Verbindung setzen. Es würde uns freuen, wenn sich der Kreis alter und neuer Freunde jetzt erheblich vergrößern würde. Her zu uns, wer die Freiheit liebt!

Nordrhein-Westfalen

Der **Landesvorstand** (Arbeitsausschuß) traf sich am 3. Mai 1969 zu einer Sitzung in Leverkusen und beschäftigte sich insbesondere mit den Möglichkeiten, die Organisationsbasis im Lande zu verbreitern. Es ist überall die Tendenz zu erkennen, uns mehr als bisher zu unterstützen. Bedauert wird hier und dort die Zurückhaltung demokratischer Parteien und anderer Organisationen, aber neuerdings hat sich erfreulicherweise an manchen Orten die Situation positiv geändert.

Bonn

In der gut vorbereiteten und gut besuchten Jahreshauptversammlung des Ortsvereins am 21. April im „Salzrumpchen“ wurde folgender neuer Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender: A. Kerger, 2. Vorsitzender: M. Duhmen, Kassierer: A. Prangenberg, Schriftführer: W. Kohnert, Beisitzer: W. Rothmann, A. Hilgert, H. Brabender, H. Kothe und H. Holzapfel; Revisoren: H. Scharf und H. Knauf. Besonders beifällig wurde der anwesende Kamerad Hubertus, Prinz zu Löwenstein begrüßt, vor 1933 Mitglied des Reichsausschusses des Reichsbanners und besonders aktiver Gegner der Nazis. Er versprach, auch jetzt wieder im Reichsbanner mitzuarbeiten. Erfreulich war die in der Versammlung getroffene Feststellung, daß prominente örtliche Funktionäre der SPD jetzt wieder dem Bund angehören und ebenso erfreulich ist es, daß der 2. Vorsitzende erst 21 Jahre alt ist. Die junge Generation kommt jetzt auch zu uns.

Leverkusen

In der Jahreshauptversammlung wurde folgender Vorstand neu gewählt: 1. Vorsitzender: J. Karp, 2. Vorsitzender: H. Frangenberg, Kassierer: M. Hans, Schriftführer: G. Hackmer, stellv. Schriftführer: Dr. K. Mester, Beisitzer: K. H. Karp.

Die nächste Versammlung mit geladenen Gästen findet am **6. Juni 1969** beim Kameraden Karp statt. Wir bitten den Termin schon jetzt vorzumerken.

Der **Spielmannszug** probt jeden Dienstag von 19–21 Uhr ebenfalls im Gasthaus des Kameraden Karp.

Das Reichsbanner

Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold,

Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V., Berlin

Nr. 5 Mai 1969 – 13. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstr. 7, Telefon: (0611) 2941 61.

Verantwortlicher Redakteur: August Kerger, 53 Bonn, Nikolausstraße 17/II, Telefon: (02221) 229715

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:

IVW Industrie- u. Verkehrswerbung GmbH & Co. KG., 6000 Frankfurt am Main, Fürstenberger Straße 157, Telefon: (0611) 55 80 36

Druck: Hermann Meister KG, Heidelberg

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar. – Für unverlangte Manuskripte, denen wir Rückporto beizufügen bitten, keine Gewähr. Alle Manuskripte und sonstige Leserzuschriften sind an die Redaktion: 53 Bonn, Nikolausstraße 17, zu richten.